FriedensBüro Salzburg

2016 HERBST

KRANICH

Zeitung des Salzburger Friedensbüros

EXTREMISMUS

INTERVIEW
„Ich halte die Verwendung eines generischen Extremismusbegriffes für problematisch" S. 04

HINTERGRÜNDE
Soziale und gesellschaftliche Ursachen für Fanatisierung S. 08

PÄDAGOGIK
Workshops zum Thema Extremismus S. 12

DIE GESELLSCHAFT IST GEFORDERT. Gefordert, sich fundiert mit extremistischen Strömungen auseinanderzusetzen und ihren Ursachen auf den Grund zu gehen. Gefordert, Fanatisierung zu erkennen, ihr konstruktiv zu begegnen und frühzeitig zu verhindern. Gerade angesichts der aktuellen Entwicklungen, in denen Hass zunehmend offen ausgedrückt wird und Gespräche im privaten und öffentlichen Raum bestimmt, ist die gesellschaftliche Mitte auch gefordert, den Blick weg vom Rand und hin zur eigenen Rolle im Fanatisierungsprozess zu wenden. Die Tagung Extremismus, die vom 28. bis 30. November 2016 in St. Virgil stattfindet, soll einen Beitrag dazu leisten, diesen Herausforderungen auf konstruktive Art und Weise zu begegnen. Im Rahmen eines interdisziplinären Settings suchen hochkarätige ExpertInnen Antworten auf aktuelle Fragen rund um das Phänomen und stellen Möglichkeiten vor, Extremismus präventiv und interventiv entgegenzutreten. *Die Redaktion*

WIR SIND 30 | DANK AN DIE SPENDERINNEN FÜR „HIKETIDES" | SEITE 15

KRANICH

INHALT

02 **Kommentar**

03 **Kurz & Bündig**

04 **„Ich halte die Verwendung eines generischen Extremismusbegriffes für problematisch“**

06 **Begrifflichkeit - Konzepte - Definitionen**

08 **Soziale und gesellschaftliche Ursachen für Fanatisierung**

10 **Zivilgesellschaft**

12 **Workshops zum Thema Extremismus**

13 **VORTEX**

14 **Anzeigen & Veranstaltungen**

KONTAKTBOX

So können Sie uns erreichen:

Friedensbüro Salzburg
Franz-Josef-Str. 3, 5020 Salzburg
tel/fax: 0662/87 39 31
e-mail: office@friedensbuero.at
www.friedensbuero.at
Bankverbindung: Salzburger Sparkasse,
IBAN: AT102040400000017434
Öffnungszeiten:
Mo & Mi: 9–11 Uhr • Di & Do: 15–18 Uhr

IMPRESSUM

DER KRANICH
Nr. 03/2016
An der Erstellung dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Hans Peter Graß, Kristina Langeder, Kathrin Quatember, Teresa Thalhammer, Barbara Wick.
Layout: Kristina Langeder
Grafisches Grundkonzept: Eric Pratter

***Kathrin Quatember**, Mitglied der Leitungsgruppe der Extremismus-Tagung*

Jenseits der Lähmung

Ein junger Syrer legt sich auf die Gleise einer Straßenbahn. Er schreit. Tritt auf die Straßenbahn ein. Festgehalten auf Video.

"Ich hätt nicht gebremst"
*"Ich hoffe, die Straßenbahn hat gewonnen und nehme den Tramfahrer virtuell in die Arme. Wer will schon Schei*ße auf der Windschutzscheibe?"*
„Hut ab vor dem Bim-Fahrer! Ich hätt die Courage nicht ghabt und wär drüber gefahren“
"Ja so vergeht die Zeit. Früher hatten wir dazu Duschen. Und gleich daneben den Heizungsraum"

Das waren nur einige wenige Reaktionen in den sozialen Medien. Man fragt sich, was Menschen dazu bewegt, so etwas zu schreiben. Man ist versucht, darauf zu antworten. Zu erklären. Empathie zu wecken. Und stellt sich gleichzeitig die Frage, ob das nun alles RassistInnen sind, die so etwas (im Affekt?) in den virtuellen Raum klopfen.

Fanatismus wird stärker. Und die Gewaltbereitschaft in Worten und Taten nimmt zu - zumindest bekommen wir den Eindruck, dass es so ist. Doch ist dem wirklich so? Erodiert die Mitte der Gesellschaft? Was bringt Menschen dazu, aus ihrer Ideologie heraus zu hassen, zu verletzen und zu morden? Oder waren Ressentiments und Gewalt immer schon Teil der Gesellschaft, nur nicht so sichtbar? Und was können wir gemeinsam zu Sensibilisierung und Aufklärung beitragen?

All diese Fragen standen im Zentrum der Vorbereitung unserer Extremismus-Tagung, an der Menschen mit unterschiedlichen Zugängen und Hintergründen mehr als ein Jahr lang zusammengearbeitet haben. Wir nahmen uns die Zeit, um ein interdisziplinäres Konzept zu entwickeln, das möglichst viele Interessierte anspricht, Raum zum Austausch und zur Vernetzung bietet und ganz bewusst Projekte vorstellt, die zeigen, wie wir (pro)aktiv mitwirken können, um Extremismen aufzudecken und zu bearbeiten.

Wir laden euch dazu ein gemeinsam weiterzudenken, um nicht in der Lähmung ob Kommentaren wie "Sperrt Mauthausen wieder auf" zu verharren. Der Schritt über Schockstarre und Empörung hinaus schafft Raum, um über diese Phänomene angemessen und zukunftsorientiert sprechen zu können.

Kathrin Quatember

Kurz & Bündig

37 SpenderInnen für Hiketides

Kurz und Bündig lässt sich sagen, dass der Geburtstagswunsch des Friedensbüros in Erfüllung gegangen ist. Ja, eigentlich sogar mehr als das: Anlässlich unseres 30. Jubiläums suchten wir zunächst 30 Personen oder Personengruppen, die über einen Zeitraum von 30 Monaten hinweg 30€ monatlich an das Projekt Hiketides (dt.:die Schutzbefohlenen) der Plattform für Menschenrechte spenden würden. Es freut uns ganz besonders, dass sich mittlerweile sogar 37 SpenderInnen gefunden haben!
Somit kann traumatisierten AsylwerberInnen Zugang zu kultursensibler Psychotherapie ermöglicht werden, die zudem bei Bedarf von einem/einer DolmetscherIn begleitet werden kann. Die Betroffenen haben Krieg, Gewalt und/oder Folter erlebt und daher ist das Angebot bitter notwendig - gerade, weil Therapiestunden in Salzburg erst ab der Ausstellung eines positiven Asylbescheids finanziert werden können, was mitunter Jahre dauern kann. Alleine für eine gelingende Integration lohnt es sich, damit so bald wie möglich zu beginnen und psychische Belastungen und Erkrankungen aufzuarbeiten. Mit den Spenden kann ein Beitrag dazu geleistet werden, dass die TherapeutInnen das Projekt langfristig planen und daran arbeiten können.

Wir sagen DANKE!

KL, TT

Wenn aus Forderungen Realität wird

Beim Stöbern anlässlich der Vorbereitung des 30Jahre-Friedensbüro-Jubiläums taten sich im Archiv des Friedensbüros spannende Rück- und Einblicke auf. Die Erkenntnis, dass sich in der Frage der Flüchtlingspolitik, aber auch in Bezug auf wiederkehrende Argumentationslinien für jegliche Formen militärischer Interventionen, kaum etwas geändert hat, ist zweifellos ernüchternd. Dass viele Wünsche und Visionen aber auch Realität geworden sind, ist nicht zu übersehen: 1988 forderte das Friedensbüro Salzburg "Wohnungen statt Kasernen", um der akuten Wohnungsnot in der Stadt entgegenzuwirken. Heute ist die Forderung Realität. Auf dem Areal der Struber- und Riedenburgkaserne wurden moderne Wohnanlagen errichtet. Und in die "Panzerhalle" der Strubergasse sind Kreativunternehmen mit fünfhundert Arbeitsplätzen eingezogen. Ein schönes Beispiel dafür, dass Veränderung möglich ist, langer Atem vorausgesetzt.

HPG, HH

Direkte Demokratie vom TV-Schirm aus?

Am 17.10. gab es zur besten Sendezeit die Möglichkeit, eine ethisch-moralische Frage mit hoher politischer Brisanz per Voting vor dem Fernsehschrírm mitzuentscheiden. Der Themenabend „Terror - Ihr Urteil“ brachte - nach dem gleichnamigen Film Ferdinand von Schirachs – keine einfachen Fragen zur Abstimmung: War es Recht oder Unrecht, ein von Terroristen entführtes Verkehrsflugzeug abzuschießen? Hat sich der Todesschütze schuldig gemacht? Muss er bestraft werden, und wenn ja, wie?
Nach den Plädoyers von Staatsanwalt und Verteidiger durfte das Volk in Gestalt der Zuschauer entscheiden, wie die Sache ausgehen soll, es durfte, wie es in der ARD-Ankündigung hieß, abstimmen "nicht nur über den Ausgang eines Fernsehfilms, sondern über das Schicksal eines Menschen: schuldig oder nicht schuldig".
Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung bringt das Ergebnis auf den Punkt: „Schirach und die ARD haben fälschlicherweise so getan, als gäbe es beim Urteilsspruch nur die Alternative Freispruch oder lebenslang. Sie haben die Zuschauer zu einer Entscheidung genötigt, die es in Wahrheit so nicht gibt. Sie haben so getan, als müsse man das Recht verraten, um ihm Genüge zu tun: Sie haben dem Zuschauer verschwiegen, dass das Recht einen Täter schuldig sprechen und ihn trotzdem milde oder gar nicht bestrafen kann. Sie haben ihre Zuschauer auf diese Weise verleitet, das wichtigste Rechtsprinzip, die Menschenwürde, zu verraten.“ *HPG*

Das Zitat

FOTO: Manfred Werner | tsui

„Es gibt bei Russen und Amerikanern zwar eindeutige machtpolitische Überlegungen – aber keine grundsätzlichen Überlegungen humanitärer und menschenrechtlicher Art. Es ist das Problem, dass dieser Faktor bei der Friedenssuche fehlt. Aber ein solcher Weg wird stets scheitern.“

Wolfgang Petritsch, ehemaliger österreichischer Botschafter bei der UNO und OSZE und Hoher Repräsentant in Bosnien und Herzegowina, anlässlich seines Vortrages am 21. September in der Robert Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen.

„Ich halte die Verwendung eines generischen Extremismusbegriffes für problematisch“

Der Rechtsextremismusexperte Bernhard Weidinger über extremistische Strömungen, aktuelle Entwicklungen und mögliche Gegenstrategien.

Das Gespräch führte Kathrin Quatember.

FOTO: Simon Welebil

Rechtsextremismus stellt eine Zuspitzung bzw. eine konsequente Übertreibung konservativer, gesellschaftlich zu einem Gutteil hegemonialer Werte und Ansichten dar, so der Rechtsextremismusforscher Bernhard Weidinger.

Kranich: Zum Themenbereich Extremismus lässt sich feststellen, dass es viele unterschiedliche ideologische Phänomene abseits der sogenannten „Mitte“ und daher auch eine Vielfalt an Begrifflichkeiten und Definitionen gibt. Reicht deiner Einschätzung nach der Begriff „Extremismus" aus?
Weidinger: Ich halte die Verwendung eines generischen Extremismusbegriffes für problematisch, weil er dazu tendiert, grundlegende Differenzen einzuebnen. Im Hinblick auf diese Differenzen wäre meines Erachtens ideologischen Kriterien der Vorrang vor formalistischen einzuräumen. Es kann weder unter politischen noch unter wissenschaftlichen Erwägungen egal sein, ob AkteurInnen den Status quo in Richtung einer Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche oder aber in Richtung einer Führerdiktatur und ethnischer Homogenisierung überwinden wollen. Insofern würde ich dafür plädieren, Rechtsextremismus, Linksradikalismus und religiösen Fundamentalismus scharf auseinanderzuhalten, ohne für Überschneidungen in Teilbereichen blind zu werden. Die Einebnung der Unterschiede steht im Dienst einer Entlastung der politischen und gesellschaftlichen „Mitte“, indem sie etwa von dem Umstand ablenkt, dass auch dort Rassismus, die Ethnisierung sozialer Interessenkonflikte und Sozialdarwinismus weit verbreitet sind.

Kranich: Inwieweit suggeriert der Begriff "Extremismus", dass es sich bei Phänomenen wie den Identitären u.a. um randständige Erscheinungen handelt, die eigentlich vernachlässigt werden können?

Weidinger: Auch wenn der Begriff einen solchen Schluss nahelegt, können unterschiedliche Definitionen hier doch einen großen Unterschied machen. Der Rechtsextremismusbegriff, den wir im DÖW (*Anm.:* Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes) verwenden, geht davon aus, dass Rechtsextremismus lediglich eine Zuspitzung bzw. eine konsequente Übertreibung konservativer, gesellschaftlich zu einem Gutteil hegemonialer Werte und Ansichten darstellt. Illustrieren lässt sich dies etwa anhand des Sozialdarwinismus, der letztlich als Übersteigerung des Leistungs- und Konkurrenzprinzips analysiert werden kann. Ein solches Verständnis von Rechtsextremismus deckt die Verbindungslinien zwischen „Mitte" und „Rand" nicht zu, sondern rückt sie vielmehr in den Vordergrund. Damit wirkt er auch der Tendenz entgegen, die Rechtsextremismusproblematik entsprechend gängiger Klischees vom deklassierten jugendlichen Arbeitslosen mit familiärem Vernachlässigungshintergrund auf bestimmte soziale Gruppen einzugrenzen. Eine solche Eingrenzung hat natürlich auch Auswirkungen auf die Frage nach Gegenmaßnahmen. Der erwähnten reduktionistischen Analyse zufolge wäre es mit etwas Sozialarbeit, bei Bedarf ergänzt um polizeiliche Repression, getan. Rassistische Mediendiskurse oder Positionsannäherungen zwischen rechtsextremen Parteien und solchen des Zentrums geraten dann völlig aus dem Blick.

Kranich: Welche Strategien im Umgang mit (rechts)extremen Strömungen wären deiner Ansicht nach wirksam?

Weidinger: Politische GegnerInnen der extremen Rechten sind herausgefordert, den rechtsextremen Antworten auf allgemein menschliche Bedürfnisse – etwa nach Sicherheit, nach Anerkennung, nach Sinnstiftung oder danach, die Welt zu verstehen – plausible Alternativen gegenüberzustellen. Diese Alternativen hätten auf Inklusion statt auf Ausgrenzung, auf Solidarität statt Konkurrenz und auf dem Postulat der Gleichheit aller Menschen – einem Postulat, das über die liberale Proklamation einer Gleichheit vor dem Recht hinauszutreiben wäre und auch soziale Gleichheit und gleiche Möglichkeiten zur Partizipation am politischen und gesellschaftlichen Leben einzuschließen hätte. Verhängnisvoll ist es, wenn MitbewerberInnen der extremen Rechten diese zu schwächen versuchen, indem sie sich rhetorisch von Hassreden abgrenzen, gleichzeitig aber Positionen der extremen Rechten übernehmen und damit die ursprünglichen Träger dieser Positionen legitimieren. JournalistInnen wiederum sollten darauf achten, rechtsextreme Phänomene ihrer politisch-gesellschaftlichen Relevanz entsprechend zu behandeln, anstatt sie im Schielen auf Quote und Auflage hochzuschreiben und dabei auch noch rechtsextreme Selbstdarstellungen zu übernehmen bzw. wiederzugeben. Letzteres ist leider seit geraumer Zeit im Umgang mit den sogenannten „Identitären" häufig zu beobachten.

Kranich: Was unterscheidet die sogenannte "Neue Rechte" von der alten?

Weidinger: Zunächst wäre festzuhalten, dass der Begriff „Neue Rechte" selbst schon Teil einer umfassenden rechtsextremen Imagekorrektur-Kampagne ist und meines Erachtens aus diesem Grund nur mit größter Zurückhaltung verwendet werden sollte. Die Modernisierung, die von den selbsternannten Neurechten vollzogen wurde, beschränkt sich weitgehend auf Rhetorik, Ästhetik und Aktionsformen. Alte Forderungen und Konzepte werden mit neuen Begriffen aufgehübscht, man inszeniert sich als hip und jugendlich, bespielt die sozialen Medien und übernimmt aktionistische Elemente von Linken und NGOs. Die dahinterliegende Zielvorstellung ist freilich dieselbe geblieben: globale Apartheid, eine Rück-abwicklung ethnischer Vermischung. Dieses Ziel ließe sich unter den heutigen Bedingungen einer globalisierten Welt und diverser Gesellschaften augenscheinlich nur auf gewaltsamem Weg verwirklichen. Insofern verwundert es nicht, dass „Neue Rechte" bei allen rhetorischen Anpassungsleistungen immer noch jene Gewalt- und Todesfaszination ausstrahlen, die wir vom historischen Faschismus kennen und die etwa an den allenthalben anzutreffenden Kriegsmetaphern abzulesen ist.

Kranich: Ist es legitim, den sogenannten "Islamischen Staat" als rechtsextremistische Bewegung einzuordnen?

Weidinger: Es gibt zumindest einige gute Argumente für eine solche Einstufung. Die Terrormilizionäre überschneiden sich mit herkömmlichen rechtsextremen Gruppierungen etwa im Ungleichheitsdenken, im Autoritarismus, im Antisemitismus und im fetischistischen Verhältnis zur Gewalt. Besonders offensichtlich ist der Gleichklang bei den Männlichkeitsvorstellungen: In beiden Fällen wird ein soldatisches Männlichkeitsideal hochgehalten, das um Werte wie Wehrhaftigkeit und Opferbereitschaft angeordnet ist. Gleichzeitig bestimmt der IS sein Subjekt nicht nach ethnischen bzw. rassistischen Kriterien – die „Umma", die Gemeinschaft der Gläubigen, entspricht nicht dem klassischen Konzept der „Volksgemeinschaft", sondern wird übernational gedacht.

Kranich: Der Begriff des "Wutbürgers" ist in aller Munde. Würdest du so weit gehen, AnhängerInnen von PEGIDA und dessen Ablegern als rechtsextrem zu bezeichnen? Oder braucht es hier einen anderen Zugang?

Weidinger: Eine solche Beurteilung kann seriöser Weise nur für die jeweilige Einzelperson vorgenommen werden. Es wäre zu ermitteln, ob die Motivation zur Teilnahme an entsprechenden Aktivitäten in einem diffusen Gemisch aus Ressentiments, Chauvinismus und Abstiegsängsten besteht oder aber ein einigermaßen gefestigtes und geschlossenes rechtsextremes Weltbild vorliegt. Als Bewegung – sofern dieser Begriff angesichts der relativ lokalen Isoliertheit längerfristig erfolgreicher Mobilisierungen hier überhaupt angemessen ist – kann PEGIDA anhand der Aussagen ihrer SprecherInnen und der von vielen PEGIDA-Gruppen gepflogenen Kooperationen sicherlich im Rechtsextremismus verortet werden.

Kranich: Vielen Dank für das Gespräch.

Bernhard Weidinger *ist Mitglied des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes (DÖW) und der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU). Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören u.a. Rechtsextremismus und Neonazismus.*

***Astrid Bötticher**, Politologin & Extremismusforscherin*

Begrifflichkeit – Konzepte – Definitionen

Wie lässt sich der Begriff „Extremismus" schärfen?

Von Astrid Bötticher.

BILD: Kristina Langeder

Extremismus ist Gegenstand vieler unterschiedlicher Forschungs- und Anwendungsfelder. Während dies einerseits zu einer hohen Bandbreite an Theorien und Methoden führt, bleibt eine klare Definition aus. Astrid Bötticher plädiert für eine eindeutige Begriffsklärung und will den Weg zu einer Konsensdefinition ebnen, die den Spagat zwischen Theorie und Praxis schafft.

Die Extremismusforschung ist „zwischen allen Stühlen" angesiedelt – die Kriminologie, die Soziologie, die Politikwissenschaft, die Psychologie und sogar die Verwaltungswissenschaft – sie alle haben eine Perspektive auf das Phänomen und eigene Herangehensweisen, Konzepte oder gar Theorien entwickelt. Positiv gewendet bedeutet dies, dass die Extremismusforschung sich durch eine theoretisch wie methodisch hohe Bandbreite auszeichnet. Mannigfaltige Begriffskonzepte und eine Vielfalt an Begriffsdefinitionen haben ihren Weg in die wissenschaftliche Arbeit gefunden, doch die Begrifflichkeit ist gerade wegen dieser Vielfalt schwammig geblieben. Extremismus ist als Begriff mit unterschiedlichen Konzepten in der Wissenschaftslandschaft verknüpft und an unterschiedliche Sprechereinschätzungen gekoppelt. Zeitgleich existiert in der Auseinandersetzung mit der Extremismusforschung eine Konzentration auf den verfassungspolitischen Ansatz, der von seinen Anwendern oft mit dem Holzhammer verteidigt wird und von seinen Kritikern rundheraus abgelehnt wird, ganz so, als gäbe es nur diesen Forschungsansatz. Diese Merk- und Denkwürdigkeiten begleitet eine Auseinandersetzung mit der „Extremismustheorie", deren Vielfalt uns manchmal vor Probleme stellt, deren öffentliche Wahrnehmung aber zeitgleich illegitim verkürzt erscheint.

Betrachtet man die Begrifflichkeit, so wird schnell klar, dass in den meisten Fällen „begriffen" wird, was da vor einem steht. Mit anderen Worten: Wir erkennen illegitime Gewaltanwendungen, die von politischen „Argumenten" begleitet werden („Botschaftsverbrechen" (1)), wir wissen, dass das populistische und von Ressentiments begleitete „über einen Kamm scheren" mindestens ein Ausdruck des Radikalismus ist und sich in Form von Hate Speech als extremistisch erweist. Doch die Phänomenologie allein verhilft nicht zu einer formalen Wissensrepräsentation und die bisherigen Konzepte schließen sich zum Teil sogar untereinander aus. So bleibt das Feld weitgehend den Praktikern überlassen und ist im politischen Bereich leider oft Gegenstand polemischer Debatten. Extremismus ist ein Wort der politischen Arena (2) und wird oft als politischer Kampfbegriff genutzt. Es handelt sich um ein „brisantes Wort", dessen Nutzung „die sprachliche Verständigung erschweren oder sogar stören [kann]" (3).

Abhilfe kann aber nur schaffen, wer dazu bereit ist, die Extremismusforschung als Teilgebiet der politischen Soziologie zu begreifen und sich dafür einzusetzen, dass Lehrstühle geschaffen und damit beauftragt werden, das Phänomen sachlich und mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden und Theorien zu untersuchen. Die Ergebnisse einer solchen Wissenschaft können all denen helfen, die um Bürgerrechte ringen, denn das Sachge-

biet berührt den Kern desselben; Sicherheit aufbauen bzw. erhalten wollen, denn der Erkenntnisgewinn dient dem Aufbau von Sicherheit; die sich für das Gemeinwohl einsetzen möchten, denn wissenschaftlich verarbeitete Informationen können all denen helfen, die sich an der „Front" befinden, seien es Lehrer, Sozialarbeiter oder psychologische Dienste usw. Kurzum: für ganz verschiedene Teilbereiche der Gesellschaft ist ein solches Unterfangen relevant. Um die Extremismusforschung als Teilbereich der politischen Soziologie zu etablieren, ist es notwendig, eine Bestandsaufnahme zu verfolgen: Was ist bisher erreicht, welche Wissenszweige haben dazu beigetragen, welche Theorien und Methoden sind entwickelt worden und wie lässt sich eine Synopse daraus entwickeln? Dazu gehört, die bisher mehr als 50 entwickelten Extremismusdefinitionen zu untersuchen, sie von Nachbarkonzepten (Radikalismus, Populismus usw.) abzugrenzen und eine Konsensdefinition zu entwickeln (4), sich der verschiedenen Extremismusmodelle und deren Einsatzmöglichkeiten gewahr zu werden und ihre Sinnhaftigkeit im Rahmen ihrer Anwendungsfelder, aber auch für die Wissenschaft und für die Entwicklung der Bürgerrechte insgesamt zu diskutieren (5). Die Landschaft der Extremismusbekämpfung in ihrem Anwendungsbezug darf dabei nicht zu kurz kommen – dazu gehören so unbekannte Themenfelder wie die Entwicklung von Counter-Narrativen (z.B. des Syria Strategic Communications Advisory Team (SSCAT) in Großbritannien), aber auch die klassische Polizeiarbeit oder die Soziale Arbeit sind wichtige Praxisfelder – insbesondere die Theoriearbeit steht aber (wenngleich seit Jahrzehnten existent) noch am Anfang, da politische Grabenkämpfe bisher eine tatsächliche Entwicklung des wissenschaftlichen Arbeitsfeldes verhindert haben. Einen Beitrag zu dieser Entwicklung wird die durch das Friedensbüro in Salzburg und anderen Partnern organisierte Tagung „Extremismus" leisten.

Literatur

(1) Rössner, Dieter & Coester, Marc: Die Prävention von Hasskriminalität. In: Forum Kriminalprävention. 3 Jhg. Nr.1. S. 15-17.
(2) Palonen, Kari: The politics of conceptual history. In: Contributions to the History of Concepts 1, Nr.1 (2005). S.37-50.
(3) Strauß, Gerhard, Haß, Ulrike & Harras, Gisela: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist – Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin/New York: de Gruyter, 1989. S. 9.
(4) Bötticher, Astrid: Radikalismus und Extremismus - Konzeptualisierung und Differenzierung zweier umstrittener Begriffe in der deutschen Diskussion. Dissertation, Leiden University, Faculty of Governance & Global Affairs. Im Erscheinen.
(5) Bötticher, Astrid & Mareš, Miroslav: Extremismus – Theorien, Konzepte, Formen. München: Oldenbourg, 2012.

Astrid Bötticher *(1980) ist Politologin und erforscht seit einem knappen Jahrzehnt die Extremismusforschung, ihre Modelle, wissenschaftlichen Grundkonzepte und Theorien. Die in Berlin ansässige Autorin arbeitete jahrelang als Dozentin an der privaten Universität Witten/Herdecke und promoviert an der Universität Leiden (NL) zum Thema. Sie veröffentlichte unter anderem mit Miroslav Mareš das Lehrbuch „Extremismus – Theorien, Konzepte, Formen" (München: Oldenbourg, 2012), publiziert aber auch in Zeitschriften, wie die von der Humanistischen Union herausgegebene „Vorgänge".*

BEZAHLTE ANZEIGE

***Gudrun Hentges**, Politologin & Extremismusforscherin*

Soziale und gesellschaftliche Ursachen für Fanatisierung

Von Gudrun Hentges.

QUELLE: cc search | Freie Nutzung

Mit besonderer Berücksichtigung des Rechtspopulismus widmet sich Gudrun Hentges der Frage, welche Faktoren zum Erstarken extremistischer Positionen beitragen und wie diese in der gesellschaftlichen Mitte verankert sind.

Eine Erklärung des Phänomens der rechtspopulistischen Konjunkturen kann keineswegs eindimensional erfolgen. Will man es angemessen verstehen, so sind gleichermaßen die sozio-ökonomischen, politischen und sozialen Dimensionen zu berücksichtigen.

Sozio-ökonomisch

Die drei Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs (1945-1975) waren geprägt durch weltweites wirtschaftliches Wachstum. Die erste Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre erinnerte daran, dass Wachstum in kapitalistischen Gesellschaften nicht linear, sondern krisenhaft verläuft. Ab den 90ern wurden soziale Sicherungssysteme, errichtet in den Nachkriegsjahren, sukzessive abgebaut. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2007/2008 stellt die Krise der 1970er Jahre jedoch in den Schatten. Ihr Ausmaß ist vergleichbar mit der Weltwirtschaftskrise 1929, auf die eine große Depression folgte. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten reagierten auf die aktuelle Krise durch eine Bankenrettung und durch Konjunkturprogramme. (1) Dadurch gewannen Banken, Hedgefonds und Ratingagenturen Einfluss auf politische Entscheidungen von Regierungen und Finanzminister. Eine expansive Geldpolitik führte zwar in vielen Ländern zu einer Konsolidierung der Haushalte, die massive Austeritätspolitik hatte jedoch vielerorts zugleich ein Ausbleiben des Wachstums zur Folge. Zudem war diese finanzpolitische Strategie mit extrem hohen sozialen Kosten verbunden und hat dazu geführt, dass soziale Ungleichheiten zugenommen haben – sowohl innerhalb als auch zwischen den EU-Staaten. (2)

Welche Auswirkungen hatten (und haben) diese Krisenentwicklungen auf die erwerbstätige Bevölkerung? Prozesse der Globalisierung vollzogen sich unter einem neoliberalen Vorzeichen wie etwa Privatisierungen in den Bereichen Gesundheit, öffentliche Dienstleistungen und öffentliche Güter. Dieser noch andauernde Prozess führt zu einer Schrumpfung des öffentlichen Beschäftigungssektors und einem Anstieg unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Das aus den USA bekannte Phänomen der „working poor" hielt auch in Europa Einzug. Neu geschaffene Jobs, vor allem in der Dienstleistungsbranche, zeichnen sich durch ein niedriges Lohnniveau und

ein hohes Maß an Unsicherheit aus. Die Bürger sind zu enormen Anstrengungen gezwungen, um einen sozialen Abstieg zu verhindern bzw. den Lebensstandard zu erhalten. (3)

Politisch

Colin Crouch hat den Begriff ‚Postdemokratie' geprägt, der eine auf die Interessen der Wirtschaft ausgerichtete Politik beschreibt, die hinter verschlossenen Türen stattfindet. (4) Die politische Dimension steht somit in Zusammenhang mit einer neoliberalen Globalisierung, die das Vertrauen der Bürger/innen in die parlametarische Demokratie, das staatliche Handeln und die politischen Repräsentanten der Regierung und Opposition schwinden lässt. Dies ist verbunden mit einer Absage an die Parteien, die Bundesregierung, die Presse und die europäische Integration.
Im Kontext dieser Krise der politischen Repräsentation ist zu beobachten, dass sich in zahlreichen EU-Staaten das politische Koordinatensystem verschoben hat. Staaten, in denen traditionell zwei Parteien abwechselnd regierten oder Regierungskoalitionen stellten, erlebten den Aufstieg einer „dritten Kraft", die für sich in Anspruch genommen hat, gegen das etablierte Establishment vorzugehen und der Korruption und der Vetternwirtschaft ein Ende zu bereiten. Dies lässt sich z.B. in Österreich mit dem Aufstieg der FPÖ beobachten. Die skandinavischen Staaten, die traditionell sozialdemokratisch regiert worden sind, erlebten einen Aufstieg von sog. Fortschrittsparteien, die sich am rechten Rand des Parteienspektums formierten, eine radikale Kritik am Regierungshandeln formulierten und damit beachtliche Wahlerfolge erzielen konnten (z.B. die Dänische Volkspartei oder die Schwedendemokraten). Hinzu kommt ein Vertrauensverlust in jene Parteien (und Gewerkschaften), die (traditionell) die Interessen der Arbeiter/innen vertraten und dem linken Parteienspektrum zugeordnet werden konnten, seien es sozialdemokratische, sozialistische oder (euro)kommunistische Parteien. Diese Parteien haben sich in Europa im Sinne von ‚New Labour' oder im Sinne einer Politik des ‚Dritten Wegs' zunehmend an einem Wählerklientel orientiert, das aufstiegsorientiert und beruflich erfolgreich war und sind somit politisch in die Mitte gerückt. Der französische Soziologie Didier Eribon interpretiert das daraus resultierende Verschwinden des Klassenbegriffs aus dem politischen Diskurs und die Hinwendung zur extremen Rechten in seinem Buch „Rückkehr nach Reims" als „eine Art politische Notwehr der unteren Schichten", die versuchen, ihre „kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten." (5) Somit handelt es sich laut Eribon um eine Krise der politischen Repräsentation, die vor allem von jenen erlebt wird, die sich auf den unteren Stufen der gesellschaftlichen Hierarchie wiederfinden – auf der Suche nach einer politischen Kraft, die die Existenz von Arbeitern nicht leugnet, sondern diese ganz gezielt anspricht und vorgibt, deren Interessen zu vertreten.

Sozial

Die dritte Dimension der Erklärung bezieht sich auf die Frage der Anerkennung. In Anlehnung an Axel Honneth sind hier drei Sphären zu unterscheiden, die sich im Übergang von der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft entwickelt haben: die fürsorgliche Anerkennung in der Familie, die Anerkennung als Rechtssubjekt mit Bürgerrechten durch den Rechtsstaat, und die über Leistung vermittelte Anerkennung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. (6)
Die oben skizzierten sozio-ökonomischen gesellschaftlichen Entwicklungen, die sich im globalen Maßstab vollziehen, haben weitreichende Auswirkungen auf die Arbeitswelt, die Arbeitsmärkte und die angrenzenden Bereiche (prekäre Arbeit, zeitlich begrenzte Arbeit, Saisonarbeit, Leiharbeit, Crowdwork). Das führt zu einem Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung, der sehr drastisch jene trifft, die von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind und – angewiesen auf staatliche Transferleistungen – einen Rückbau oder Abbau sozialer Sicherungssysteme erleben. Unter mangelnder Anerkennung leiden aber auch die „working poor" und jene Erwerbstätigen, die Angst vor dem sozialen Abstieg haben - sei es durch die Entwertung der erworbenen Qualifikation aufgrund technologischer Entwicklungen, Standortverlagerungen oder Entlassungen.
2011 konstatierte Axel Honneth: „Für einen Anstieg öffentlichen Aufruhrs gibt es nur wenige Anzeichen. Der Kampf um Anerkennung scheint sich eher in das Innere der Subjekte verlagert zu haben, sei es in Form von gestiegenen Versagensängsten, sei es in Formen von kalter, ohnmächtiger Wut." (7)
Mit Blick auf Pegida können wir durchaus konstatieren, dass es seit dem Herbst 2014 zu einem Anstieg des öffentlichen Aufruhrs gekommen ist (wenn auch nur regional auf Dresden und Leipzig begrenzt). Darüber hinaus kann man beobachten, dass vermeintliche Gewissheiten in Frage gestellt werden, die zunehmend auch politisch artikuliert werden. Dazu zählt die Legitimation des politischen Systems und der repräsentativen Demokratie, das Vertrauen in die politischen Repräsentanten, und – nicht zuletzt – eine Zustimmung zur EU Mitgliedschaft.

Fazit

Was hat das mit Extremismus zu tun? „Postdemokratie", „repressive Modernisierung" und „Kampf um Anerkennung" führen keineswegs automatisch zu einem Erstarken (rechts)extremer Positionen. Jedoch: In einer Situation, in der sich Kräfte am rechten Rand formiert haben, die all jene Probleme explizit oder implizit aufgreifen, ist die Bereitschaft ausgesprochen groß, diesen Kräften einen Vertrauensvorschuss zu gewähren und für jene Parteien zu votieren. Offenbar ist es den rechten Kräften in den letzten Jahren gelungen, diese politische, ökonomische und kulturelle Ausgangskonstellation für sich zu nutzen, um davon zu profitieren.

Literatur

(1) Nachtwey, Oliver: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Frankfurt am Main 2016, S. 66.
(2) Vandenbroucke, Frank & Rinaldi, David: Soziale Ungleichheit in Europa. Die Herausforderungen Konvergenz und Kohäsion (hg. für die Bertelsmann Stiftung), Berlin 2016.
(3) Nachtwey: Die Abstiegsgesellschaft.
(4) Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008; Colin Crouch: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II, Bonn 2011 (Lizenzausgabe für die BpB).
(5) Ebd., S. 124.
(6) Axel Honneth: Verwilderungen. Kampf um Anerkennung im frühen 21. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, S. 37-45.
(7) Ebd.

Gudrun Hentges *ist Professorin für Politikwissenschaft an der Hochschule Fulda/Universität zu Köln. Sie lehrt und forscht zu den Themen Migration und Integration, Rassismusanalyse, Extreme Rechte in Deutschland und Europa und Politische Bildung.*

Birgit Lohmeyer, *Demokratieaktivistin*

Zivilgesellschaftlicher Widerstand

Mit Kunst und Kultur gegen Rechtsextremismus

Von Birgit Lohmeyer.

FOTO: Birgit Lohmeyer

Birgit und Horst Lohmeyer veranstalten mehrmals jährlich Kulturveranstaltungen, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. Das Festival „Jamel rockt den Förster" bietet „mit regionalen und überregionalen Bands die Gelegenheit für Besucher und Mitwirkende, Stellung zu beziehen und durch ihre Anwesenheit ihre Haltung gegen Rechtsextremismus zu dokumentieren," so die Initiatorin.

Hätte uns jemand vor 12 Jahren prophezeit „Ihr werdet in Jamel einen nicht unbeträchtlichen Teil eures Lebens dem Kampf gegen rechtsextreme Einflussnahme widmen", hätten wir ihm lachend geantwortet, dass wir zwar stets politisch bewusst gelebt haben, dass unsere Berufe – Musiker und Schriftstellerin – uns jedoch genügend Zeit und Energie kosten, als dass wir ein solches neues „Hobby" bräuchten. Das historische Forsthaus im mecklenburgischen Jamel sollte unser Altersruhesitz werden, uns Hamburger Stadtflüchtern Ruhe und Naturerlebnisse aus erster Hand bieten, viel Raum für Muße, Inspiration und Glück. Doch es sollte anders kommen. Wir hatten das Wirken der bestens organisierten Rechtsextremen in unserer neuen Heimat unterschätzt.

Nach mehr als 40 Jahren Großstadtleben fanden wir im Jahr 2003 unsere Traumimmobilie: ein 150 Jahre alter, ehemaliger Forsthof, ein charmantes altes Gemäuer auf einem großen, naturbelassenen Grundstück, in einem Sackgassendorf direkt am Waldesrand gelegen, in der Nähe der Ostseestrand. Das idyllische Landleben konnte beginnen.

Der braune Biedermann

Nur wenige Jahre später sah unser Leben in dem 10-Häuserdorf Jamel erschreckend anders aus. Der einschlägig vorbestrafte, in unserem Dorf wohnende Neonazi Sven K. tritt in die NPD ein und beginnt, deren Strategie der Unterwanderung zu praktizieren: Er kauft Häuser in Jamel auf, in die dann seine Gesinnungsgenossen mit ihren Familien einziehen. Schlagartig ändern sich die Mehrheitsverhältnisse. Nun sind die Rechtsextremen in der Überzahl und bestimmen

eigenmächtig, was im Dorf geschieht. Sie inszenieren ein „nationalsozialistisches Musterdorf“, dekorieren den öffentlichen Raum mit Nazikunst und NPD-Slogans und einschlägigen Devotionalien. K. wird als NPD-Abgeordneter in den Kreistag gewählt, mimt dort den braven Bürger und Geschäftsmann. Nächtelange, lautstarke Feiern, zu denen er einlädt und zu denen hunderte Neonazis aus ganz Deutschland in unser kleines Dorf einfallen, sind keine Seltenheit. Die Politik kapituliert scheinbar, die Lokalpresse titelt „Ein ganzes Dorf in rechter Hand“.
Das wollen wir, die zwar nicht alt eingesessen sind, doch inzwischen zur mittleren Dörflergeneration gehören, nicht hinnehmen. Die anderen Nachbarn in Jamel halten sich lieber raus, erdulden schweigend den rechten Terror. Die brachiale Einschüchterung durch die Nazis wirkt.

Mit Kultur gegen den braunen Sumpf

Mittlerweile organisieren wir, mit Hilfe von Politikern und der Verwaltung und einer Vielzahl von ehrenamtlichen Helfern, mehrmals im Jahr öffentliche Kulturveranstaltungen bei uns auf dem Hof, schaffen so Anlässe für die Bevölkerung, Jamel zu besuchen und mit uns gemeinsam zu dokumentieren, dass wir das Dorf nicht den Neonazis überlassen werden. So bietet das Rockfestival „Jamel rockt den Förster“ mit regionalen und überregionalen Bands die Gelegenheit für Besucher und Mitwirkende, Stellung zu beziehen und durch ihre Anwesenheit ihre Haltung gegen Rechtsextremismus zu dokumentieren. Durch die Benefiz-Auftritte prominenter Bands wie den „Toten Hosen“ und den „Ärzten“ ist das Festival inzwischen bundesweit bekannt.

Niemand ist hilflos

Unser Weg an die Öffentlichkeit, das Publikmachen der unhaltbaren und beklemmenden Zustände – der Bedrohungen, Übergriffe und Vereinnahmungen durch die Neonazis – hat sich als der richtige herausgestellt. So wurde uns beispielsweise 2010 der Paul-Spiegel-Preis durch den Zentralrat der Juden in Deutschland verliehen und die IG Bau hat uns 2015 ihren Georg-Leber-Preis für Zivilcourage verliehen. Auch wenn wir immer wieder Anfeindungen und Sabotageakte gegen uns und unsere Veranstaltungen erdulden müssen – wir wissen uns auf dem richtigen Weg.

8 Schritte, den Nazis zu begegnen

In unserer praktischen Beschäftigung mit dem Thema Rechtsextremismus haben sich für uns folgende zivilgesellschaftliche Interventionen als sinnvoll und praktikabel herausgestellt.

1. Es existiert eine neue Generation von Rechtsextremisten, die mit der landläufig bekannten Monokultur der rechten Skinheads nur noch wenig zu tun haben. Jung, erlebnisorientiert und äußerst gewaltbereit, setzen sie viel Energie daran, als dynamisch, modern und cool wahrgenommen zu werden, um Jugendliche zu rekrutieren. Sie bieten ihnen ein abenteuerliches Freizeitangebot und das Gefühl, zu einer elitären Gruppe zu gehören. Hier sollten gesellschaftliche Gegenstrategien ansetzen. Niedrigschwellige, bedürfnisorientierte Sozial- und Gemeinwesenarbeit und erlebnisorientierte Jugendarbeit vor Ort – von ehrenamtlich tätigen Bürgern, Vereinen und staatlichen Trägern – wirken als gesunde Alternative zu den Aktivitäten der Neonazis.

2. Den neonazistischen „Kümmerern“ zuvor kommen durch soziales Engagement: Kulturveranstaltungen, Familien-, Schul- und Sportfeste, Konzerte, Filmvorführungen, Tauschmärkte, Nachbarschaftshilfen und anderes organisieren.

3. Regionale Aktionsbündnisse gegen »Rechts« mit möglichst allen gesellschaftlichen Kräften bilden (Bürger, Verwaltung, Organisationen, Kirchen).

4. Gesellschaftspolitische Informationsveranstaltungen zum Thema „Rechtsextremismus“ mit Hilfe von professionellen ReferentInnen durchführen.

5. Schutzorte schaffen für Menschen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen; Initiativen gegen Rechtsextremismus anregen und Räume für Treffen und Veranstaltungen anbieten.

6. Durchbrechen der Politik des Ignorierens durch Polizei, Stadt bzw. Kreis und (regionale) Medien. Rechtsextreme Vorfälle dokumentieren / veröffentlichen / anzeigen und Reaktionen anregen.

7. Vereinzelung vermeiden und besonders Eltern rechtsaffiner Jugendlicher beistehen.

8. Im Kleinen fängt es an: Menschenverachtende „Stammtischparolen“ nicht unwidersprochen lassen.

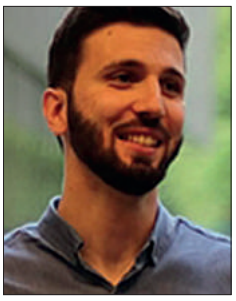
Birgit Lohmeyer *ist Schriftstellerin, Journalistin und Demokratieaktivistin. Zusammen mit Horst Lohmeyer veranstaltet sie das Open Air Festival „Jamel rockt den Förster - Rockmusik für Demokratie und Toleranz.“*

WEITERFÜHRENDES

Lust bekommen, ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen und dabei Kultur und gute Musik zu genießen?
Dann unterstützen Sie das Festival „Jamel rockt den Förster“.

Nähere Informationen finden sich unter:

www.forsthof-jamel.de
www.forstrock.de
www.facebook.com/jamelrocktdenfoerster



Nedzad Mocevic, *Referent für das Friedensbüro u.a. zum Thema Dschihadismus*

Workshops zum Thema Extremismus

Ein pädagogischer Zugang

Von Nedzad Mocevic.

FOTO: Mucan Films

Im Rahmen von Workshops ist es wichtig, Kinder und Jugendliche auf persönlicher Ebene anzusprechen und ihnen Raum zu geben, über ihre Erfahrungen und Gefühle zu reflektieren. Erst nach dieser Form der Beziehungsarbeit ist eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Extremismus möglich, meint Nedzad Mocevic.

Die Hintergründe von Extremismus sind nicht leicht zu definieren. Es herrscht auch eine große Meinungsverschiedenheit unter den ExpertInnen, wobei ich persönlich den Zugang über die gesellschaftlichen Bedingungen, die eine Fanatisierung begünstigen, bevorzuge. Hierbei ist die Konstruktion von „kollektiven Identitäten" oder „Gruppenidentitäten" sehr wesentlich: Nation, Religion, Geschlecht, Ethnie - Extremismen bauen oft auf diesen Identitätsmarkern auf, weswegen es in der Präventionsarbeit besonders wichtig ist, hier genauer hinzusehen. Das Grundgerüst vieler politischer und religiöser Extremismen ist dementsprechend ein klares Bild von weiß und schwarz, gut und böse, „wir" und „sie". Diese gesellschaftlichen Konstruktionen von eindeutigen Identitäten, die keine Überschneidungen zulassen, gilt es zu „dekonstruieren".

Hierbei sind bei der Thematisierung von Extremismus im pädagogischen Rahmen einige Aspekte zu bedenken:

1. Beziehung vor Inhalt
Der „perfekt" gestaltete Workshop kann das genaue Gegenteil vom Beabsichtigten bewirken, wenn die Beziehung zum/r SchülerIn beeinträchtigt ist.

2. Quelle des Zorns/der Kränkung
Als nächstes versuche ich die Quelle des Zorns beim Betroffenen zu suchen. Wenn sie nicht deutlich ausgesprochen wird, nimmt man Themen her, die sehr wahrscheinlich Gefühle der Kränkung erzeugen, wie gewalttätige Auseinandersetzungen mit „Fremden" beim Fortgehen, Krieg in Syrien oder sonst wo auf der Welt, erfahrener Rassismus, stereotypische Medienbilder, die über die eigene Gruppe gestreut werden und das Gefühl, dass seine Identität nicht leben zu können. Hierbei versuche ich einen Rahmen zu schaffen, in dem man offen über Gefühle sprechen kann. Es soll klar vermittelt werden, dass es normal ist, dass diese Vorfälle zornig machen, um in weiterer Folge zu einem späteren Zeitpunkt den Schritt zum „aber" machen zu können.
In meiner Herangehensweise versuche ich hinter die extremistische Ideologie zu blicken und zu verstehen, was den Zorn erzeugt, damit die jeweilige Ideologie überhaupt auf fruchtbaren Boden fallen kann. Ich vermeide es aufgrund der Emotionalität des Themas, einen bestimmten Extremismus konkret anzusprechen. Dies erfolgt meistens in einem zweiten Teil des Workshops oder am Ende des Tages, wo es um konkrete Extremismusformen und deren Symboliken geht.

3. Multiple Identitäten
Als Kern des Workshops ist die Auseinandersetzung mit Identitäten zu sehen. Oft entstehen Extremismen dann, wenn Identitätsbedürfnisse nicht gestillt werden oder Einzelpersonen einen Verlust ihrer Identität wahrnehmen oder befürchten. In vielen Fällen sehen wir auch, dass ExtremistInnen oft eine oberflächliche Auseinandersetzung mit der eigenen Identität hatten.

Ich bin ich: Hier wird versucht, die Auseinandersetzung mit dem Eigenen zu ermöglichen, um die eigene Identität zu normalisieren. Gerade in persönlichen „Krisen" kann eine Teilidentität (Nation, Religion…) „neuentdeckt" werden und deswegen ist es wichtig, hier gerade Jugendlichen Entwicklungsspielraum zu ermöglichen.

Kulturalisierung von Konflikten: alle Menschen erleben in ihrem Leben Konflikte und gehen auf verschiedene Weisen damit um. Konflikte mit „Fremden" erleben wir jedoch anders und haben manchmal das Gefühl, dass sie „unlösbar" wären. Gleichzeitig verstärkt das in manchen das Gefühl, wegen ihrer Identität „Opfer" von Ausgrenzung und machtlos zu sein.

Multiple Identitäten: der Mensch gehört vielen verschiedenen Gruppen an, die seine Identität prägen: Bildung, Beruf, Ethnie, Fußballverein, Skater, Geschlecht, Land, Musikband, Religion… Der Ansatz der multiplen Identitäten ist in der Präventionsarbeit wesentlich, weil er uns eine Möglichkeit bietet die Unterschiede anzuerkennen und gleichzeitig Gemeinsamkeiten zu sehen: zB. auch wenn ich mich nicht in der Kirche mit allen treffe, so tue ich dies vielleicht in der Schule, auf dem Fußballfeld oder in der Konzerthalle, etc. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen wissen wir, dass Menschen, die in multiplen Identitäten denken, weniger zu Vorurteilen und Hass gegenüber Fremdgruppen neigen.

Nedzad Mocevic *ist selbstständiger Referent, Trainer und Berater in den Bereichen Interkulturalität und Extremismus.*

Rüdiger Lohlker, *Professor für Islamwissenschaften*

VORTEX

Internationales Netzwerken gegen Terrorismus und Extremismus

Von Rüdiger Lohlker.

FOTO: pixabay | Freie Nutzung

Das „Vienna Observatory of applied Research on Terrorism and Extremism", kurz VORTEX, bündelt durch internationale Netzwerke wohl den aktuell größten muslimischen Widerstand gegen islamischen Extremismus. Europäische WissenschaftlerInnen und indonesische Kiyais (muslimische Gelehrte) arbeiten zusammen, um dem Islamismus etwas entgegenzusetzen. Das Projekt setzt sich einerseits die Analyse von dschihadistischen Onlinestrategien sowie andererseits die Entwicklung von alternativen, islamisch legitimen Inhalten zum Ziel. Somit werden dem islamischen Fundamentalismus friedvolle Narrtive entgegengesetzt. Dies soll durch die Zusammenarbeit mit der LibForAll-Foundation (Jakarta; mit Zweigstellen in Winston-Salem, Kairo, Leiden, Magelang) in Verbindung mit der weltgrößten islamischen Organisation Nahdlatul Ulama in Indonesien, die einen pluralistischen, toleranten Islam propagieren, gelingen.

VORTEX ist ein lernendes Projekt, das auf drei Säulen ruht:

1. Akzeptanz der politischen Ebene und der Verwaltung, dass Projekte der Zivilgesellschaft ohne Versuche der Beeinflussung unterstützt werden, um die Probleme zu lösen,

2. Unterstützung von staatlicher (und anderer interessierter) Seite durch Finanzierung von Aktivitäten, die selbstverständlich ihre Effektivität reflektieren,

3. Textmaterial und visuelles Material werden produziert und/oder adaptiert an die Bedürfnisse von JugendarbeiterInnen und community-AktivistInnen, die eher wissen, was vor Ort gebraucht wird.

VORTEX stützt sich auf die Partnerschaft dreier Komponenten:

1. Arbeitsgruppe an der Universität Wien, Institut für Orientalistik: Diese analysiert den Ernst bestimmter Bedrohungen, identifiziert neue Entwicklungen und Themen sowie Strategien zu deren Verbreitung. Die Universität Wien dient zugleich als Koordinierungsinstanz,

2. LibForAll-Foundation, Indonesien, und die weltweit größte islamische Organisation, die Nahdlatul Ulama (NU): Sie produziert theologisch fundierte Texte, die extremistisches islamisches Denken und Handeln kritisieren. Visuelles Material wird ebenfalls produziert, jedoch ergänzt durch lokal produziertes und lokal verankertes Material;

3. PartnerInnen aus den lokalen communities in Europa (und evtl. darüber hinaus). Sie identifizieren Themen, die für sie bedeutsam sind, produzieren entsprechendes Material u.a. im Dialog mit der NU.

VORTEX versteht sich somit als globales lernendes Projekt, das eine Verbindung zwischen akademischer Forschung und aktivistischen Initiativen anstrebt. Finanziert wurde VORTEX bisher für ein Jahr vom Bundesministerium des Inneren, weitere Förderungen sind von verschiedener Seite beantragt bzw. werden verhandelt.

Rüdiger Lohlker *ist Professor für Islamwissenschaften und Leiter des Projekts VORTEX. Zudem leitet er das ULG „Muslime in Europa" und ist (Co-)Sprecher des „Radicalisation Awareness Network" (RAN).*

BEZAHLTE ANZEIGE

BEZAHLTE ANZEIGE

WIR SIND 30

DANK AN DIE SPENDERINNEN

Das Friedensbüro Salzburg hat seinen 30. Geburtstag in der academy Café-Bar gefeiert und dabei diejenigen Personen geehrt, die seinen Geburtstagswunsch in Erfüllung gehen lassen und 30 Monate lang je 30 Euro an das Projekt **Hiketides** spenden:

1) **Hubert von Goisern**
2) **Dagmar Baumgartner**
3) **Wolfgang Radlegger**
4) **Hans Peter Graß** und **Anneliese Graß**
5) **Hildegard Fuchs**
6) **Volker Frey**
7) **N.N.**
8) **Renate Zundel**
9) **Doraja Eberle**
10) **Barbara Wick** und **Markus Hopf**
11) **Das TEAM der AUGE**
12) **Anneliese Heith**
13) **Reinhard D.**
14) **Eva Koller**
15) **Paul Lahninger**
16) **Rosmarie Blaas**
17) **Christa Renoldner**
18) **Rosanna und Peter Weiser**
19) **Andrea Reitinger und Gerd Haslinger**
20) **N.N.**
21) **Peter Fleissner**
22) **Josephine** und **Eckhart FalkenStainer**
23) **Silvia** und **Alfred Bermadinger**
24) **Vroni** und **James Dullinger**
25) **Bürogemeinschaft Salzburger Bildungswerk**
26) **Mag.a Barbara Sieberth**
27) **Sissy** und **Hannes Greifeneder-Denk**
28) **Josef Scheinast**
29) **TEAM des Bewohnerservice Aigen & Parsch**
30) **N.N.**
31) **Johann Huber**
32) **Angelika Höllhuber**
33) **Christine Gölzner**
34) **Renate und Christian Dirninger**
35) **Christine Czuma**
36) **Attac: Carlo Bosi, Erika Huber, Marilly Loebell, Helmut Mitsch, Sigrun Schattauer, Christine Tschötschel-Gänger**
37) **Christine Dürnfeld**

TRAUMATHERAPIE

TRAUMA - SOLIDARITÄT - MENSCHENRECHTE

Mi, 7. Dezember 2016, 18.00 - 20.30 Uhr
Unipark Nonntal, Erzabt-Klotz-Straße 1
5020 Salzburg

Der Psychologe **Dr. David Becker** diskutiert in einem **Vortrag mit anschließendem Beisammensein**, wie Flüchtlinge effektiv unterstützt werden können.
Im Anschluss wird die Rose für Menschenrechte verliehen.

Nähere Informationen folgen unter: http://www.menschenrechte-salzburg.at/

FriedensBüro Salzburg

KRANICH

Kranich-Abo:
4 Ausgaben um 12 Euro

Mitgliedschaft im Friedensbüro:
Mitglied: 25 Euro
Fördermitglied: 50 Euro
Studentln, Zivi, Wehrdiener: 15 Euro

Mit Ihrem Abo unterstützen Sie die Arbeit des Salzburger Friedensbüros.

WIR DANKEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG.

Das Friedensbüro wird unterstützt von Stadt Salzburg und Land Salzburg

LAND SALZBURG STADT : SALZBURG

Wir danken für die Unterstützung:

GEA GehenSitzenLiegen
AK SALZBURG
Salzburger SPARKASSE Was zählt, sind die Menschen.

Das Friedensbüro ist Mitglied folgender Plattformen:

Plattform gegen die Gewalt in der Familie
Plattform gegen Rechts.

OFFENLEGUNG
lt. Mediengesetz §§25 +43, BGBl. Nr. 314/1981

Der KRANICH ist die Zeitung des Friedensbüros Salzburg und berichtet mindestens vierteljährlich über friedenspädagogische und friedenspolitische Themen, Inhalte der Friedensforschung sowie Aktivitäten des Vereins »Friedensbüro Salzburg«.

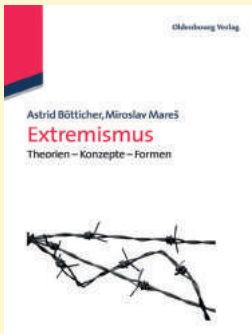
Österreichische Post AG Infomail Entgelt bezahlt.

FriedensBüro Salzburg

Impressum:
Kranich 2/16, Friedensbüro Salzburg,
Franz-Josef-Straße 3, 5020 Salzburg.

www.friedensbuero.at

BUCHTIPP



Astrid BÖTTICHER & Miroslav Mares: Extremismus. Theorien, Konzepte, Formen. Oldenbourg Verlag. 474 Seiten. ISBN: 978-3486597936

Diese umfassende Einführung in den politischen Extremismus geht über eine reine Schilderung der unterschiedlichen Arten des Extremismus weit hinaus. Vielmehr bieten die Autoren einen systematischen Zugang zur Thematik und untersuchen die wesentlichen Fragestellungen. Die Darstellung der Forschungslandschaft und aktueller Konzepte, Theorien und Methoden der Extremismusforschung im ersten Teil dient dem Leser gewissermaßen als Werkzeugkasten. Im zweiten Teil werden unterschiedliche Extremismen – wie z.B. Rechts- und Linksextremismus sowie Religiöser Extremismus – klassifiziert und erklärt.

BUCHTIPP

FIPU, Hrsg.: Rechtsextremismus. Band 2: Prävention und politische Bildung. Mandelbaum Verlag. 280 Seiten. ISBN: 978-3854766483

Die extreme Rechte ist im Aufwind. Eine zentrale Frage ist, wie Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegengewirkt werden kann. Kann politische Bildung je mehr als Symptombekämpfung sein? Welche Art von Bildung wird dahingehend gebraucht und welche sozialen Kontexte hat sie zu berücksichtigen? Im Anschluss an Grundlagentexte zu Geschichte, gesellschaftlichen Beschränkungen und zur Geschlechterdimension politischer Bildung, zur Ideologiekritik und zu Grundlinien wirksamen pädagogischen Handelns gegen Rassismus und Antisemitismus widmet sich der Band verschiedenen Spezialaspekten der Bildung »gegen Rechts«: von ihren Orten (Gedenkstätten, soziale Arbeit) und Medien (Kinder- und Jugendbuch) bis hin zu spezifischen Herausforderungen in Zeiten von Deradikalisierungseifer und besorgter Bürgerlichkeit.